Landkreis Stendal

Ehrennadel für Stefan Wolf beim Wirtschaftsball

Salzwedel/Stendal (vl) • Rund 130 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung folgten in der Vorwoche der Einladung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Magdeburg zu einem Ball der Wirtschaft in das Salzwedler Kulturhaus. IHK-Präsident Klaus Olbricht würdigte die Leistungen der Unternehmen in der Altmark. Die Wirtschaft und damit die Unternehmen seien Grundlage für die Stabilisierung und Entwicklung der Altmark als Lebens- und Wirtschaftsraum, merkte er an.

Darüber hinaus forderte Olbricht die zügige Umsetzung des Lückenschlusses Autobahn 14 Magdeburg-Schwerin und der Querspange Bundestraße 190n, denn eine sehr gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sei ein wichtiger Impulsgeber für die Altmark und Sachsen-Anhalt.

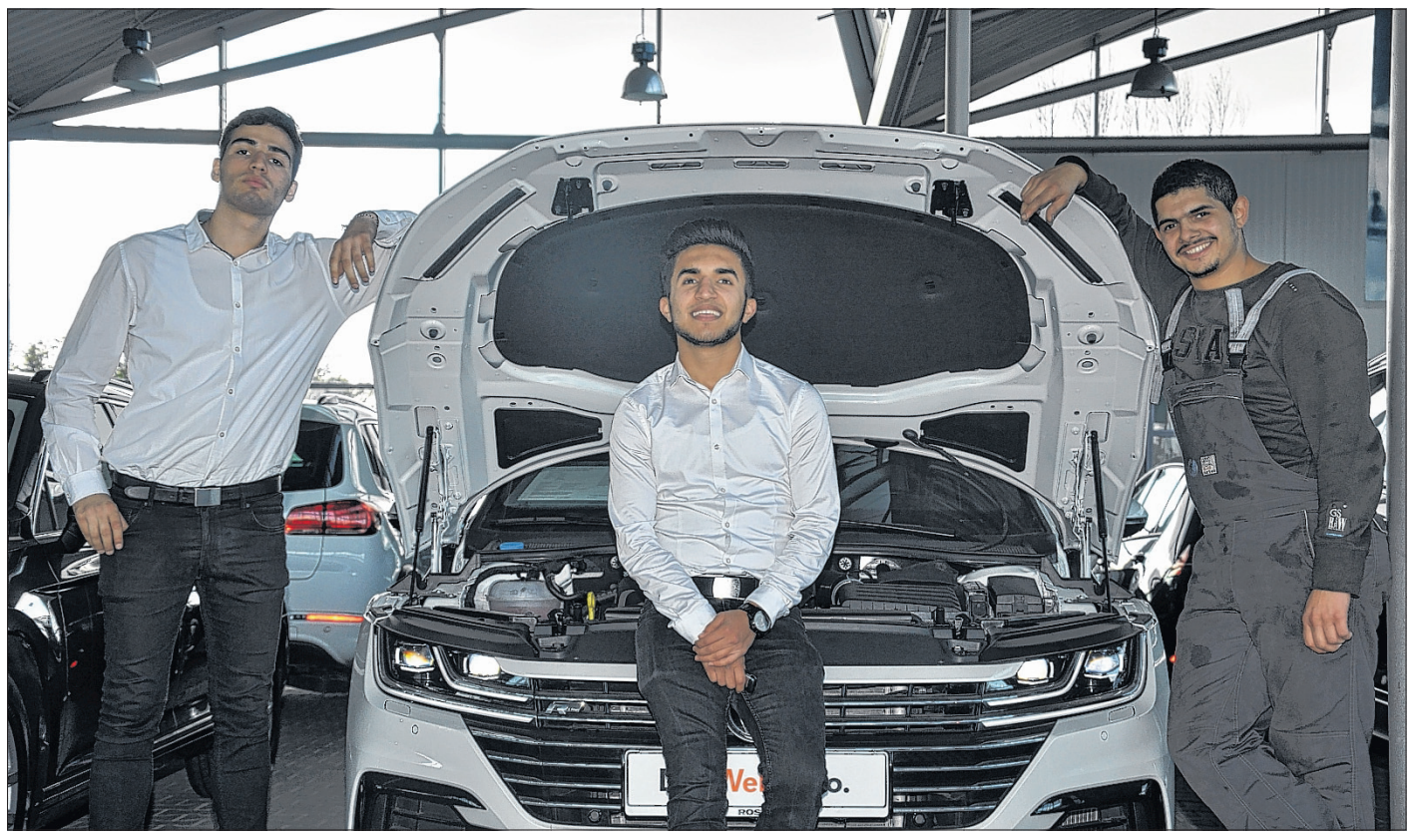
Stefan Wolf, Vorsitzender der Wirtschaftsjunioren Altmark, hob unter anderem die Notwendigkeit der Interessenbündelung in der Region hervor: „Ein Schulterschluss der heimischen Wirtschaftsvertreter ist alternativlos, um sich in der Landes- und Bundespolitik Gehör zu verschaffen."

Für Wolf gab es während des Balls eine Ehrung. Er erhielt die „Silberne Juniorennadel" der Wirtschaftsjunioren Deutschland. Damit wurden seine Tätigkeit als Vorsitzender und Kreissprecher der Wirtschaftsjunioren Altmark sowie seines Engagements auf regionaler und überregionaler Ebene anerkannt. Nadine Mewes, stellvertretende Vorsitzende des altmärkischen Jungunternehmerverbandes, hob in ihrer Laudation hervor: „Stefan hat mit seiner Arbeit in den vergangenen Jahren wesentlich zu einer dynamischen Entwicklung unseres Wirtschaftsjunioren-Kreises beigetragen. So zählen wir aktuell rund 70 aktive Mitglieder und sind damit der mitgliederstärkste Kreis in Sachsen-Anhalt. Die Wirtschaftsjunioren haben sich zunehmend zu einer Institution mit eigenem Profil entwickelt."

Gegen die Nachwuchsprobleme

Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund als Teillösung für Fachkräftemangel

Arbeitskräfte werden älter, immer weniger Nachwuchs kommt nach. Allenthalben fehlen junge Fachkräfte im Landkreis. So weit, so bekannt. Eine Alternative sind Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund. Bei der Veranstaltung „Finden und Binden ausländischer Fachkräfte" am Dienstag im Innovations- und Gründerzentrum BIC stellten Unternehmen Musterbeispiele vor.



Praktikant Aziz Hussein (v. l.), Auszubildender Faisal Salehi und Mohamadobida Alsabbagh, der gerade auf seine Ausbildung vorbereitet wird. Alle drei sind zurzeit beim Stendaler Autohaus Rosier tätig. Foto: Christoph Zempel

Von Christoph Zempel

Stendal • 160 Mitarbeiter hat das Autohaus Rosier in Stendal. Doch der Altersdurchschnitt ist hoch, deutscher Nachwuchs rar gesät. 28 Praktikanten mit Migrationshintergrund hat das Autohaus auch deswegen im Jahr 2018 bislang beschäftigt. Vier Nicht-EU-Bürger arbeiten derzeit fest im Betrieb. Einer von ihnen ist der Auszubildende Faisal Salehi aus Afghanistan. Er hat am 1. August dieses Jahres seine Ausbildung als Automobilkaufmann begonnen. Und genau er wurde am Dienstag unter dem Motto „Finden und Binden ausländischer Fachkräfte" als eines der Musterbeispiele für gelungene Integration vorgestellt.

Im Innovations- und Gründerzentrum BIC treffen an diesem Tag Wirtschaftsvertreter auf Menschen, die Teil der Prozesskette in Sachen Integration sind. Es sind Mitarbeiter unter anderem von der Stendaler Ausländerbehörde, der Sprachschule Inlingua, der Agentur für Arbeit und vor allem vom IQ Netzwerk Sachsen-Anhalt (Integration durch Qualifizierung) und vom Zentrum für Migration und Arbeitsmarkt (ZEMIGRA), die das Zusammenkommen mit den Unternehmensvertretern organisiert haben. Vor allem, um angesichts des Fachkräftemangels unter deutschem Nachwuchs Alternativen aufzuzeigen. Beide Organisationen fungieren als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Zugewanderten.

Annett Oelicker kommt stellvertretend für das Autohaus Rosier. Sie ist Assistentin der Geschäftsführung. Im vom Bernd Kwiatkowski von der Agentur für Arbeit Stendal moderierten Gespräch erzählt sie dem Publikum von dem Auszubildenden Faisal Salehi und seinem Werdegang beim Unternehmen. Schon 2017 hatte er sich mehrmals beworben, doch nie passte es. 2018 versuchte er es wieder. Diesmal in der richtigen Frist. „Wir haben ihn zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Auch, weil er immer wieder eigeninitiativ war", sagt Annett Oelicker. Überdies musste er einen Einstellungstest und einen praktischen Test absolvieren. Nach einer Woche Probearbeit boten sie ihm einen Ausbildungsvertrag an. Es gab nur ein Problem: „Seine Eltern haben hier keine Arbeit gefunden und sind nach Frankfurt (Main) gegangen. Auf einmal war seine Familie weg", erzählt Oelicker.

Sorge, dass Auszubildende ihren Familien nachziehen

Faisal Salehi war unschlüssig. Sollte er mitgehen oder den Vertrag unterschreiben? Aber wie mit einem Ausbildungsgehalt eine eigene Wohnung finanzieren? „Das ging natürlich nicht. Wir konnten ihm aber auch nicht mehr Gehalt als anderen Auszubildenden bezahlen, also boten wir ihm an, dass er sich abseits der Ausbildung einen Nebenjob suchen darf", sagt Oelicker. Faisal Salehi nahm an und nun hat er seine ersten drei Monate fast geschafft.

Bislang fühlt er sich wohl. „Die Kollegen sind nett und entspannt", sagt er. Auch die Kommunikation funktioniert gut, immerhin ist er bereits seit fünf Jahren hier. Aufgewachsen im Iran, in Indien und Russland, ist er schließlich vor fünf Jahren in einer Stendaler Schule gelandet und hat seinen Realschulabschluss gemacht.

Alles gute Voraussetzungen für seine Ausbildung bei Rosier. Dennoch: Fast täglich fährt er abends noch Pizza aus. „Das ist anstrengend, aber ich muss ja klarkommen", sagt er. Er finde es besser, stets etwas Neues zu lernen als nur draußen abzuhängen.

Doch seine Familie ist weg. Nur ein- bis zweimal im Monat kann er sie besuchen. Genau darin sieht Mathias Gänger ein Problem. Er ist Ausbilder bei der Gießerei TechnoGuss GmbH aus Tangerhütte und sitzt an diesem Tag im Publikum: „Wir wollen doch aber die Auszubildenden an den Betrieb binden – so ziehen sie doch bestimmt nach der Ausbildung ihren Familien hinterher", sagt er an Annett Oelicker gewandt.

Das könne doch aber mit deutschen Azubis genauso passieren, wendet sie ein. Man müsse eben schauen, dass sie sich hier ein angenehmes Sozialleben aufbauen, dann sei es auch vorstellbar, dass sie bleiben. Dennoch räumt auch sie ein: „Ein Risiko gibt es immer."

Unternehmensvertreter und Integrationsexperten waren an verschiedenen Thementischen im Gespräch.

Mentoren für eine bessere Integration

Doch klar ist: Viele Unternehmen finden kaum deutsche Auszubildende. Deswegen ist Gänger gekommen. „Wir versuchen, neue Wege zu gehen", sagt er. Noch sind unter den 175 Mitarbeitern bei der Gießerei nur EU-Bürger. Das soll sich ändern. Deswegen bereitet er sich vor, indem er zu solchen Veranstaltungen geht. „Wir wollen wissen, welche Förderungsmöglichkeiten es gibt und an wen wir uns wenden müssen." Denn leicht sei es nicht, da durchzublicken. Nach Beratungen an eingerichteten Thementischen, die Aspekte der Integration beleuchten, fühlt er sich besser informiert. Und: „Je mehr Positivbeispiele ich höre, desto weniger Bedenken habe ich", sagt er. Auch wenn ihm klar sei, dass es auch Negativfälle gibt. Vorstellen kann er sich indes, selbst Mentor für ausländische Auszubildende zu werden. Das schlägt Annett Oelicker vor, damit Ausländer besser in den Betrieb integriert werden können.

Zumindest im Autohaus Rosier hätten sie bislang keine negativen Erfahrungen gemacht, sagt Annett Oelicker. Auch nicht mit dem Fortzug zu ihren Familien. Und auch bei Salehi stehen die Chancen gut. Denn: Zu bleiben – das kann er sich gut vorstellen. „Wenn ich die Ausbildung abgeschlossen habe, wäre ich froh, bei Mercedes arbeiten zu können".

Rentner überrollt Warnbaken

Verfahren eingestellt gegen Geldzahlung

Von Wolfgang Biermann

Stendal • Ein sonderbarer Fall von Unfallflucht stand in der Vorwoche auf dem Terminplan des Stendaler Amtsgerichts. Für einen Rentner aus Tangermünde, der auf der Bundesstraße 188 mit mehreren rot-weißen Warnbaken im Gesamtwert von 153 Euro kollidiert war, ging die Sache schließlich glimpflich aus. Gegen Zahlung von 250 Euro an den Opferhilfeverein „Weißer Ring" wurde der Fall ohne Urteil und zu Lasten der Staatskasse zu den Akten gelegt.

Aus dem Gericht

Dazu kommen allerdings für den Angeklagten noch die Kosten für seinen Verteidiger und für die wohl nicht billige Reparatur seines eigenen Autos. Die Schadenssumme blieb ungenannt. Die 153 Euro für die Warnbaken hatte er schon vor dem Prozess überwiesen.

Worum es ging es? Wie der Rentner vor Gericht angab, hatte er am 14. Mail dieses Jahres gegen 16 Uhr mit seinem Wagen auf der B 188 auf der Fahrt von seiner Heimatstadt nach Stendal kurz vor dem Abzweig auf die Umgehungsstraße B 189 einen anderen Pkw überholt, als sein Wagen „plötzlich nach links wegzog". Er hätte einen Reifenplatzer vermutet, gab er weiter an. Durch das linksseitige Abdriften hätte er mit seinem Auto drei baustellenbegrenzende Warnbaken überfahren. Doch statt anzuhalten, ist er dann auf einer Felge fahrend, bis zu einer Autowerkstatt in die Heerener Straße gefahren. Von dort aus hätte er die Polizei verständigen wollen, gab er an.

Autofahrer alarmiert die Polizei

Das hatte allerdings schon der Autofahrer getan, den der Angeklagte auf der B 188 überholt hatte, und der offenbar das Geschehen verfolgt hatte. Der war direkt zum Polizeirevier gefahren, um dort seine Beobachtungen zu melden. Und so standen die Beamten unvermittelt in der Autowerkstatt, um den Flüchtigen zum Unfall zu befragen und eine Anzeige wegen Fahrerflucht aufzunehmen.

Warum er nicht sofort angehalten und die Polizei alarmiert habe, wollte der Richter im Prozess wissen. „Weiß nicht", bekam er zur Antwort von dem schuldbewusst dreinblickenden Angeklagten. Er hätte kein Telefon dabei gehabt. Und er hätte ja von der Werkstatt aus anrufen wollen, wozu er aber nicht mehr gekommen sei. Seit 1976 besitze er seine Fahrerlaubnis, noch nie sei ihm etwas passiert.

Sein Verkehrszentralregister sei genau so „blank" wie sein Strafregister, bestätigte denn auch das Gericht und schlug die Einstellung des Verfahrens gegen eine Geldauflage vor. Das hatte der Verteidiger nach eigenem Bekunden der Staatsanwaltschaft auch schon vor Anklageerhebung angeboten. Die Behörde habe aber abgelehnt und auf einer mündlichen Hauptverhandlung bestanden.

Im Prozess zeigte sich der Staatsanwalt aber dem richterlichen Vorschlag nicht abgeneigt, er beantragte schließlich die Einstellung des Verfahrens.

Pferde verletzt – PETA setzt Belohnung aus

Uchtdorf (vl) • Nachdem in der Nacht zum 17. Oktober bislang Unbekannte zwei Pferde auf einer Koppel bei Uchtdorf Schnittverletzungen beigebracht hatten, hat sich die Tierrechtsorganisation PETA in den Fall eingeschaltet. Um die Suche nach dem Tierquäler zu unterstützen, setzt sie eine Belohnung in Höhe von 1000 Euro für Hinweise aus, die die Täter überführen können. Zeugen können sich telefonisch unter 01520/737 33 41 oder per E-Mail bei der Tierrechtsorganisation melden.

Aktuell häufen sich Übergriffe auf Pferde wieder", sagt Judith Pein im Namen der Tierrechtsorganisation. „PETA fordert daher ein bundesweites, behördliches Register, in dem Anschläge auf diese Vierbeiner und bereits überführte Tierquäler erfasst werden. So könnten mögliche Tatzusammenhänge aufgezeigt sowie Täterprofile erstellt werden. Behörden könnten effektiver überregional zusammenarbeiten." So können auch Pferdehalter besser gewarnt werden.

Landkreis drückt bei Müllgebühren aufs Tempo

Noch im Dezember soll eine neue Satzung beschlossen werden / Kostenpflichtige Biotonne kommt dann 2020

Von Bernd-Volker Brahms

Stendal • Der Landkreis Stendal hat es mächtig eilig, um eine neue Satzung für die Müllgebühren auf den Weg zu bringen. Noch im Dezember soll eine neue Rechtsgrundlage im Kreistag verabschiedet werden.

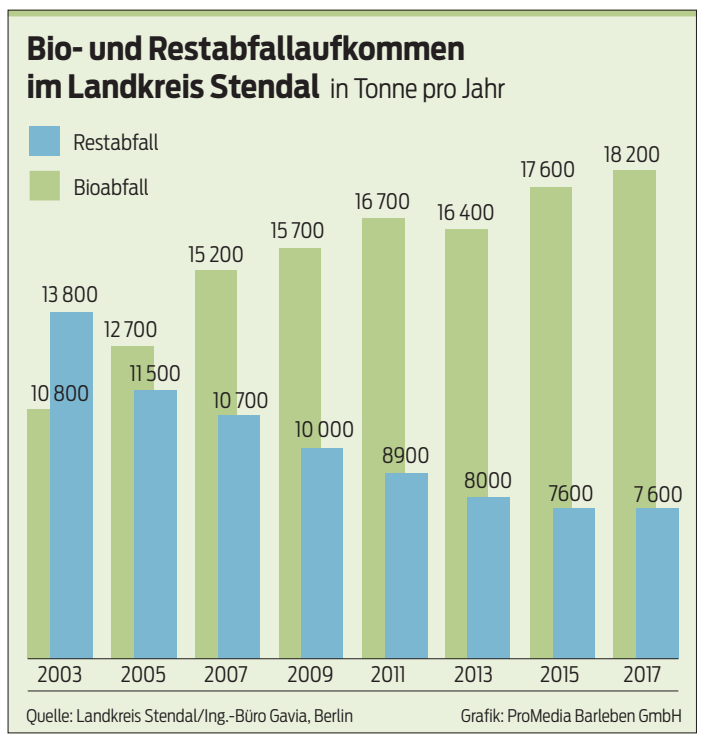
Vordergründig geht es darum, festzuschreiben, dass ab 2020 eine gebührenpflichtige Biotonne kommen soll (die Volksstimme berichtete). Allerdings hätte es noch ein Jahr Zeit gehabt, eine solche Satzung zu verabschieden.

Dass beim Landkreis derart auf das Tempo gedrückt wird, kann also nur einen anderen Hintergrund haben. Vielmehr geht es den Verantwortlichen beim Landkreis und der ALS Dienstleistungsgesellschaft darum, eine rechtskonforme Satzung zu haben. Schon die letzte Satzung ist den Verantwortlichen um die Ohren geflogen, weil es bei der ALS „einen Rechenfehler" gegeben hatte, wie Geschäftsführerin Madlen Gose Anfang des Jahres einräumen musste. Die Kalkulation wurde damit rechtswidrig. Im März 2018 musste eiligst eine neue Satzung her. Gegen diese laufen bereits mehrere juristische Verfahren.

Im Ordnungsausschuss am Dienstag hieß es von der Verwaltung zur neuerlichen Satzung, dass es ein paar „Anpassungen an sinnvolle Praxis bei der Gebührenerhebung" sowie einige Klarstellungen und Konkretisierungen gebe.

Probleme bei der ALS sind Hintergrund für die Eile

Allerdings gibt es auch einen Passus, der mit der Tatsache zu tun hat, dass im Landkreis Stendal über Jahre Gewerbetreibende und Privatleute nicht an das öffentliche Abfallsystem angeschlossen waren, weil die ALS schlichtweg die Anschlusspflicht nicht kontrollierte. In der neuen Satzung soll eine „Mithaftung" von Anschlusspflichtigen gestrichen werden, wenn sie es unterlassen haben, eine Mitteilung zu machen.



Die Verwaltung sagt zum bisherigen Passus, dass dieser „nicht erforderlich" ist und „keine praktische Bedeutung" hat. Nach Volksstimme-Informationen trifft dies in der Tat zu. Es wurden in den vergangenen Monaten Hunderte private und gewerbliche Anschlusspflichtige angeschlossen, auf eine Nachveranlagung wurde allerdings verzichtet, obwohl die Satzung es vorsieht.

Mit der Einführung der kostenpflichtigen Biotonne ab 2020 wird indes ein ganz anderes Problem angegangen. Jährlich sinkt das Gesamtvolumen bei der kostenpflichtigen Restmülltonne, wohingegen das Volumen der kostenfreien Biotonne immer weiter steigt (siehe Grafik). Ein Experte, der den Landkreis berät, sprach unlängst von „riesigem Sprengstoff". Er vermutet, dass die Gebühr für die Restmülltonne bald so stark steigen werde, wenn nichts geschehe, dass die Akzeptanz komplett verloren gehe. Noch bis 2021 kann die Müllgebühr durch eine Rücklage künstlich niedrig gehalten werden.